



NEWSLETTER III / 2015

NORD|SÜD *news*



Foto: Stéphane M. Grueso/Flickr, CC BY-SA 2.0

Ungeschützt: Ungelernte Arbeiter in Bangladesch machen Pause vom Schiffabwracken

„Wir wollen Jobs, die produktiv und menschenwürdig sind“

Der UN-Nachhaltigkeitsgipfel in diesem September in New York werde die globale Politik radikal verändern, meint CSU-Entwicklungsstaatssekretär Thomas Silberhorn.

Nord|Süd news: Herr Silberhorn, die Opposition beklagt, dass der G7-Gipfel im bayerischen Elmau Anfang Juni schlechte Vorarbeit für den UN-Nachhaltigkeitsgipfel in New York geleistet hat. Damit stehe der Abschluss einer anspruchsvollen Nachhaltigkeitsagenda in Frage. Stimmt das?

Thomas Silberhorn: Das glatte Gegenteil ist der Fall. Noch nie stand bei einem G7-Gipfel Entwicklungspolitik so stark im Fokus der Diskussion wie in Elmau. Deutschland hat sich als Gastgeber sehr dafür eingesetzt, dass die G7-Staaten

ein positives Signal für den neuen Weltzukunftsvertrag für nachhaltige Entwicklung senden, der in New York verabschiedet werden soll. Die G7 arbeiten zudem mit an der Finanzarchitektur für die Umsetzung dieses Vertrages, das zeigen die Ergebnisse des Gipfels von Addis Abeba im Juli. Und die weitreichenden Klimabeschlüsse der G7 bereiten den Weg für einen erfolgreichen Klimagipfel in Paris. Dazu gab es positive Reaktionen von vielen Staaten, internationalen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen.

In vielen Beschlüssen von Elmau fehlen feste Zeithorizonte oder konkrete Finanzzusagen. Woher nehmen Sie Ihren Optimismus?

Die allermeisten Beschlüsse der G7 setzen feste Zeithorizonte und Finanzrahmen. Das gilt bei-

Weiter auf Seite 2



Inhalt

Titel

- | „Wir wollen Jobs, die produktiv und menschenwürdig sind“ S. 1f

Nachhaltigkeitsziele der Welt

- | Kommentar: Wir können uns der Verantwortung nicht entziehen..... S. 3
- Der UN-Gipfel: Auf dem Papier nicht schlecht S. 4
- Angola: Ein Boomland steigt auf S. 5
- Brasilien: Erst mustergültig, jetzt Mittelmaß S. 6

Freihandel

- | Kolumbien: „Wir brauchen neue Mechanismen zum Schutz der ArbeiterInnen“ S. 7

In Kürze

- | Qualifizierungsreihe Internationales Wie weiter mit der Arbeit? Filmtipp: Ab nach Nürnberg Die schlimmsten Länder Organise the Undocumented Impressum S. 8

Fortsetzung von Seite 1

spielsweise für das Ziel, die Zahl der beruflich qualifizierten Frauen und Mädchen in Entwicklungsländern bis 2030 um ein Drittel zu erhöhen. Und als Lehre aus der Ebola-Krise bieten die G7 Unterstützung für 60 Entwicklungsländer bei der Stärkung ihrer Gesundheitssysteme an. Alles Beiträge zum Weltzukunftsvertrag.

Klimaerwärmung bedeutet vielerorts verdorrte Ernten, also mehr Hunger – nicht sein weltweites Ende bis 2030, eines der großen Ziele von New York. Was tun Sie dafür?

Die G7 haben sich deutlich für die Begrenzung des Temperaturanstiegs auf zwei Grad ausgesprochen. Dafür berät und unterstützt das BMZ Partnerländer im globalen Süden dabei, mit den Herausforderungen des Klimawandels umzugehen. In der Landwirtschaft beispielsweise durch angepasste Produktionsmethoden, dürreresistentes Saatgut, bessere Bodenbearbeitung oder Rückhaldämme für effizientes Wassermanagement. Wir helfen zudem bei der Minderung von Treibhausgasen durch Agroforstsysteme und Waldschutz. Und wir beraten die Partnerländer bei der Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft, die auch zur Ernährungssicherheit beiträgt.

Derzeit gelten 1,3 Milliarden Menschen – etwa 1,7 Prozent der Weltbevölkerung – als extrem arm, sie verdienen weniger als 1,25 US-Dollar am Tag. Bis 2030 sollen es nur noch ein Prozent sein. Wie wollen Sie das schaffen?

Wir stehen hier vor einer doppelten Herausforderung: Zum einen, diese Menschen aus extremer Armut zu befreien. Und zum anderen, bei einer wachsenden Weltbevölkerung ein weiteres Abgleiten in extreme Armut zu verhindern. Die konkreten Handlungsansätze dazu sind vielfältig: Einen Beitrag zur Armutsreduzierung leisten Arbeitsstandards in der Textilwirtschaft ebenso wie eine Klimarisiko-Versicherung gegen Ernteaufschläge, die Einführung einer Sozialversicherung oder eine Bildungsoffensive. Das BMZ unterstützt derartige Reformen in vielen Ländern.

Die Globalisierung hat vielerorts zu immer menschenwürdigeren Jobs geführt. Wie wollen Sie das ändern?

Die Globalisierung hat weltweit viele Arbeitsplätze geschaffen. Aber wir wollen, dass diese produktiv und menschenwürdig sind. Ein Ansatz dafür ist der Arbeitsschutz: Wir beraten unsere Partnerländer deshalb bei der Einführung und Verbesserung von Arbeitsgesetzen. Und wir stärken Institutionen, Verbände, Gewerkschaften und die Zivilgesellschaft, so dass diese die Umsetzung international anerkannter Arbeitsstandards und



Nicht nur bei einer akuten Epidemie wie dem Ebola-Ausbruch brauchen die Länder funktionierende Gesundheitssysteme: Ebola-Überlebende bei der Kinderpflege

nationaler Arbeitsgesetze begleiten können. Das machen wir zum Beispiel in Bangladesch bei der Ausbildung von Arbeitsinspektoren oder durch Beratungsangebote zur verbesserten Einhaltung von Sozialstandards in Textilunternehmen.

Aber solange man hier Shirts für unter 5 Euro kaufen kann, wird in Asien nicht menschenwürdig produziert.

Globaler Handel muss nachhaltig sein. Deshalb wollen wir mit dem Bündnis für nachhaltige Textilien entlang der gesamten Lieferkette die Produktionsbedingungen verbessern und Umwelt- und Sozialstandards zum Durchbruch verhelfen. Auch in den Verhandlungen der EU-Kommission zu Freihandels- und Wirtschaftsabkommen muss

nachhaltige Entwicklung im Mittelpunkt stehen. Das Abkommen der EU mit Vietnam zum Beispiel sieht die Einhaltung von Nachhaltigkeitsstandards wie den ILO-Kernarbeitsnormen bereits vor. Das muss für alle weiteren Abkommen zum Maßstab werden.

„Die ILO-Kernarbeitsnormen müssen für alle Abkommen zum Maßstab werden.“

Thomas Silberhorn, BMZ

Deutschland geht es gut. Dennoch: Der Anteil der Mittel für Entwicklungshilfe am deutschen Bruttonationaleinkommen liegt nur bei 0,41 Prozent. Wann werden die seit langem versprochenen 0,70 Prozent erreicht?

Deutschland steht zu dieser Verpflichtung. Der gerade vom Kabinett verabschiedete Etatentwurf sieht einen Anstieg des BMZ-Haushalts um fast 14 Prozent vor – der bislang höchste Zuwachs überhaupt. Darauf sind wir stolz. Dies ist ein großer Schritt nach vorn und ein wichtiges Signal im Entwicklungsjahr 2015.

Was tun Sie persönlich, um nachhaltiger zu leben?

Wir achten in der Familie zum Beispiel beim Einkauf auf faire Produkte. Und ich nutze weiterhin öffentliche Verkehrsmittel und schicke gelegentlich meinen Fahrer nach Hause, auch wenn der Dienstwagen bequemer wäre.

Das Interview führte Kai Schöneberg.

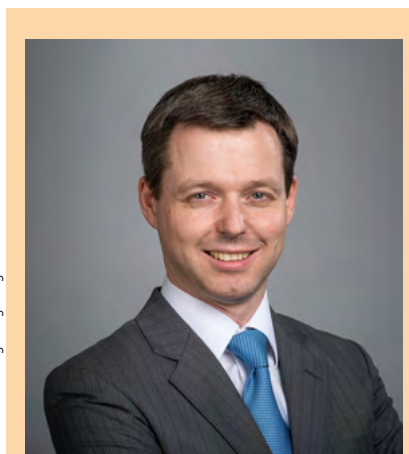


Foto: © Bundesregierung/Bergmann

Thomas Silberhorn (CSU), Jg. 1968, ist Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung BMZ. Der Oberfranke übernahm den Job im Februar 2014 von Christian Schmidt (CSU), der Bundeslandwirtschaftsminister wurde.

 Er ist Journalist und arbeitet in Berlin.



Wir können uns der Verantwortung nicht entziehen

Was Deutschland und andere Industriestaaten leisten müssen, um die UN-Nachhaltigkeitsziele zu erreichen.

Selbst auf die Gefahr hin zu euphorisch zu klingen: Es ist ein neuer Geist, der die nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) prägt, die im September auf einem UNO-Gipfel beschlossen werden sollen. Betont wird die gemeinsame Verantwortung von Industrie-, Entwicklungs- und Schwellenländern für die globale Entwicklung. Ökologische, wirtschaftliche und soziale Aspekte von Nachhaltigkeit stehen dabei gleichberechtigt nebeneinander. Das ist ein großer Fortschritt.

Natürlich ist ExpertInnen und BürgerInnen gleichermaßen klar, dass nur der Wille zur Selbstverpflichtung jedes einzelnen Akteurs die Post-2015-Agenda letztlich zum Erfolg führen kann. Aber die nachhaltigen Entwicklungsziele geben schon jetzt Orientierung, was wir künftig unter „Nachhaltigkeit“ verstehen wollen. Auch das ist nicht gering zu schätzen in einer Zeit, in der dieser Begriff zum Modewort verkommen ist.

Industriestaaten – und die dort ansässigen Unternehmen – waren schon immer mitverantwortlich für die Lebens- und Arbeitsbedingungen in rohstoffexportierenden Ländern. Relativ neu ist, dass sie sich dieser Verantwortung immer weniger entziehen können. Jedes Kind hat heute eine Vorstellung von globalen Produktions- und Wertschöpfungsketten, selbst wenn es den Begriff noch nie gehört hat. Dass unsere Kinder nicht immer entsprechend handeln und ihre „Marktmacht“ verstärkt im Sinne nachhaltiger Produkte nutzen – auch dieser Herausforderung müssen wir uns stellen.



Foto: A. Johann / flickr, CC BY-SA 2.0

Nachhaltig? – Auffällig junge Arbeiter auf einer Baustelle im ostafrikanischen Tansania

Für die Gewerkschaften bleibt es ein zentrales Ziel, die Menschen- und ArbeitnehmerInnen-



Foto: © DGB / Simone M. Neumann

„Gute Arbeit und Umwelt gehören zusammen“ – Reiner Hoffmann

rechte entlang der globalen Wertschöpfungsketten zu sichern. Dazu müssen zunächst die ILO-Kernarbeitsnormen anerkannt und eingehalten werden. Unerlässlich sind aber auch Rechtsvorschriften für multinationale Unternehmen in ihren Heimatländern, die weltweit eingefordert und eingeklagt werden können – über einen funktionierenden und transparenten Beschwerdemechanismus. Die SDGs sind auch für das Verständnis von Arbeit und Umwelt in den Industrieländern von fundamentaler Bedeutung. Der Weg in eine Dekarbonisierung der Wirtschaft bis zum Jahr 2100 ist notwendig und seit dem G7-Gipfel auch erklärtes Ziel der Politik.

Den damit einhergehende Strukturwandel wollen die Gewerkschaften so gestalten, dass Jobs „grün“ UND fair sind: Wo Löhne verhandelt und nicht diktiert werden und Mitsprache nicht am (solarbetriebenen) Werkstor endet. Es ist gut, wenn wir uns künftig dabei auch auf die nachhaltigen Entwicklungsziele berufen können. Gute Arbeit und Umwelt – also soziale, wirtschaftliche und ökologische Nachhaltigkeit – gehören zusammen.

Bevor sich die Bundesregierung demnächst an die Umsetzung der Post-2015-Agenda macht,

sollte sie einen kritischen Blick zurück auf die Millenniums-Entwicklungsziele werfen. Woran lag es, dass nur etwa die Hälfte der Ziele erreicht wurde? Welche Lehren müssen daraus gezogen werden? Für die Zukunft sollte sich der alle Politikbereiche umfassende Ansatz der SDGs auch in der Ressortbeteiligung der

Bundesregierung widerspiegeln. Nachhaltige Entwicklung ist nicht nur Aufgabe der Ministerien für Umwelt und Entwicklung, sondern auch der Ministerien für Wirtschaft sowie Arbeit und Soziales. Gemeinsam – und unter Beteiligung von Zivilgesellschaft und Gewerkschaften – sollten anspruchsvolle nationale Indikatoren zur nationalen Umsetzung der SDGs entwickelt werden.

Es wird auch nicht mehr ausreichen, Fortschritte einmal jährlich auf einer kurzen öffentlichen Veranstaltung zu präsentieren. Denkbar wäre ein Monitoring-Mechanismus, wie wir ihn zum Beispiel aus der ILO oder dem Menschenrechtsrat kennen. Dort können Gewerkschaften und Zivilgesellschaft ihre Berichte zur Umsetzung einbringen. Vor den Vereinten Nationen wird dann diskutiert, ob die Ziele erreicht wurden. Übertragen auf Deutschland würde ein jährlicher Fortschrittsbericht in den Bundestag gehören. So würde Deutschland dem neuen Geist auch national die notwendige Würdigung erweisen.

Reiner Hoffmann

Der Autor ist Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes.



Auf dem Papier nicht schlecht

Die Vereinten Nationen wollen die Millenniumsziele fortschreiben und legen einen 17-Punkte-Katalog vor. Erstmals sollen dabei auch Umweltschutz und die Schonung der Ressourcen berücksichtigt werden: Die Mitgliedstaaten müssen handeln.

Ende September soll ein UNO-Gipfel in New York neue „globale Ziele für eine nachhaltige Entwicklung“, die sogenannten Sustainable Development Goals, kurz: SDGs, verabschieden. Zumindest auf dem Papier sind die 17 SDGs mit 169 Unterzielen ein politischer Fortschritt gegenüber den acht „Millenniumszielen zur Halbierung der Armut“. Diese Millennium Development Goals, MDGs, hatte ein UNO-Gipfel im Jahre 2000 beschlossen. Sie sollten bis zum Jahr 2015 umgesetzt sein.

sind hauptverantwortlich für den Ressourcenverbrauch und die Umweltzerstörung seit Beginn der industriellen Revolution vor 200 Jahren. Und die meisten Länder des Südens befürchteten, dass ihre „nachholende Entwicklung“ durch Nachhaltigkeitsziele behindert werden könnte. Erst nach einem weiteren Jahrzehnt fortschreitender globaler Umweltzerstörung und Ressourcenvernichtung beschloss der UNCED-Nachfolgegipfel Rio+20 2012 auf Initiative der drei lateinamerikanischen Staaten Guatemala, Kolumbien und Brasilien, in Fortschreibung der MDGs einen „alle einbeziehenden, allen Interessenträgern offenstehenden und transparenten zwischenstaatlichen Prozess zur Formulierung globaler Ziele der nachhaltigen Entwicklung“ einzurichten. In der Folge handelte eine für alle 193 UNO-Mitglieder offene Arbeitsgruppe unter relativ weitreichender

beiden Ziele ließen sich nur erreichen auf Kosten sämtlicher ökologischer Ziele der SDG-Agenda oder wenn wir fünf Planeten Erde zur Verfügung hätten“, kritisiert der ehemalige Leiter des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie, Ernst Ulrich von Weizsäcker.

Ob Weizsäcker Recht behält, ob Entwicklung weiterhin nur möglich ist unter der Bedingung von Wirtschaftswachstum mit ungehemmter Ressourcennutzung und Umweltzerstörung, hängt von der Umsetzung der SDGs ab. Entscheidend wird sein, ob sich die 193 UNO-Staaten auf verbindliche nationale Aktionspläne mit zeitlichen Fristen und präzisen Kriterien zur Bemessung der Umsetzung verpflichten.

Wie ein solcher Aktionsplan zur Umsetzung der SDGs für den Industriestaat Deutschland aussehen müsste, haben die beiden Nichtregierungsorganisationen „Global Policy Forum“ und „terre des hommes“ bereits in der Studie „SDG – Gut leben global – Neue Ansätze der Wohlstandsmessung und SDGs für Deutschland“ beschrieben.



Infografik: © globalgoals.org

Die MDGs beschränkten sich auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den Ländern des Südens, die im wesentlichen durch die Steigerung des Bruttonationaleinkommens sowie durch verstärkte Transferleistungen aus den Industriestaaten des Nordens erreicht werden sollte. Themen wie Umweltschutz und nachhaltiger Ressourcenverbrauch kamen in den MDGs noch nicht vor. Und dies, obwohl bereits bei der großen UNO-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 in Rio de Janeiro, klar war, dass die bisherige Form von Entwicklung unvereinbar ist mit den Grenzen des Ökosystems Erde. Doch zu Konsequenzen aus dieser Erkenntnis waren die Staaten des Nordens nicht bereit. Sie

Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen die 17 SDGs aus. Im Unterschied zu den MDGs soll die SDG-Agenda nicht nur für die Länder des Südens gelten, sondern universell für alle Staaten. Bislang stehen die 17 Ziele allerdings noch unverbunden und ungewichtet nebeneinander.

Nach Ansicht mancher Kritiker schließen sie sich sogar aus. So fordert Ziel Nr. 7 die „Sicherstellung des Zugangs zu erschwinglicher, zuverlässiger, nachhaltiger und moderner Energie für alle“ und Ziel 8 die „Förderung von kontinuierlichem, inklusivem und nachhaltigem Wirtschaftswachstum, produktiver Vollbeschäftigung und menschenwürdiger Arbeit für alle“. Doch „diese

Sicher ist, dass eine erfolgreiche Umsetzung der SDGs weit mehr Finanzmittel aus dem Norden erfordert als die bisherigen MDGs. Zudem müssten die Industriestaaten bestehende globale Strukturen der Ausbeutung und globalen Ungerechtigkeit aufgeben. Entsprechende Forderungen der Länder des Südens lehnten die Industriestaaten auf der UNO-Konferenz für Entwicklungsfinanzierung Mitte Juli in Addis Abeba allerdings ab.

Andreas Zumach

Der Autor ist Journalist in Genf und Experte für die UNO.

Weitere Infos: www.globalpolicy.org und www.tdh.de



Ein Boomland steigt auf

Das vom Bürgerkrieg geschädigte Land wird zu einem der größten Ölproduzenten der Welt. Doch der Reichtum erreicht nicht alle. Für Angola sind die SDGs eine Chance.

Jahrzehntelang war Angola der Inbegriff des Horrors und des Elends auf dem Kontinent, Schauplatz eines brutalen Bürgerkrieges, der zugleich eine heiße Front des globalen Kalten Krieges darstellte. Genährt jeweils durch die Ausbeutung von Öl und Diamanten, konnten die sozialistische Regierung und prowestliche Rebellen ungestraft ihr Land verwüsten; weit über eine Million Menschen starben. Im Jahr 2000, zum Tiefpunkt des Krieges und zugleich kurz vor seinem Ende, hatte Angola die zweithöchste Kindersterblichkeitsrate der Welt (292 Tote pro 1.000 Lebendgeburten vor dem Alter von fünf Jahren), übertroffen nur von Sierra Leone.

Heute ist Angola der Inbegriff einer Boomwirtschaft in Afrika: die größte Volkswirtschaft zwischen Nigeria und Südafrika, getragen vom Status als zweitgrößter Ölproduzent Afrikas südlich der Sahara, mit einer Hauptstadt Luanda, die das wichtigste und wohlhabendste städtische Zentrum an der afrikanischen Atlantikküste zwischen Lagos und Kapstadt darstellt. Vom globalen Spitzenplatz bei der Kindersterblichkeit ist Angola auf einen globalen Spitzenplatz bei den Expatriate-Lebenshaltungskosten gerückt.



Foto: Tonya Hennessey/flickr, CC BY 2.0

Für den Ölreichtum der Konzerne werden Indigene vertrieben

Selbstverständlich erfüllt Angola die meisten Millenniums-Entwicklungsziele oder steht kurz davor, auch ohne dass die Regierung dafür irgendetwas Besonderes tun musste – schließlich

wird bei den MDGs der Stand von 1990, also aus Kriegszeiten, mit dem des Boomjahrs 2015 verglichen. Der Anteil der Bevölkerung in absoluter Armut ist von 92 auf 54 Prozent gesunken. Der Hunger ist um fast 52 Prozent zurückgegangen, auch die Kindersterblichkeit hat sich halbiert.

Die Kehrseite: Nach wie vor stirbt in einem Land, in dessen Hauptstadt man kaum ein Hotelzimmer für unter 500 Dollar bekommt und dessen Präsidententochter die reichste Frau Afrikas ist, jedes siebte Kind vor dem Erreichen des fünften Geburtstages. Viel weniger Kinder gehen zur Schule als in bitterarmen Ländern wie Äthiopien oder Malawi. Beim Anteil der Kinder mit abgeschlossener Grundschule stehen in Afrika nur Eritrea, Tschad und die Zentralafrikanische Republik noch schlechter da als Angola.

In Ländern wie Angola, in denen zivilgesellschaftliche Gruppen geknebelt sind und gar keine MDG-Forderungen öffentlich formulieren können, könnten die Sustainable Development Goals einen Fortschritt darstellen.

Im Vergleich mit seinen Ressourcen hat Angola also lächerlich wenig erreicht, um es dem Großteil seiner rund 22 Millionen Bewohner besser gehen zu lassen. Im vergangenen Jahr verdiente das Land 24 Milliarden US-Dollar am Öllexport – über 1.000 US-Dollar pro Kopf. Bei einigermaßen gerechter Verteilung wäre das eigentlich mehr als genug, um die für das Überleben nötigsten Bedürfnisse zu erfüllen.

Zentrales Ziel der MDGs war im Jahr 2000, die Armut bis zum Jahr 2015 zu halbieren. Neben dem reinen Pro-Kopf-Einkommen sollten dabei auch soziale Indikatoren eine Rolle spielen. Das Beispiel Angola illustriert aber ein Problem bei diesem Ansatz: Die Gegebenheiten, unter denen eine Regierung handelt, bleiben unberücksichtigt. Ein Land ohne eigenes Wirtschaftspotenzial und mit ungünstigen Welthandelsbedingungen, das mit harter Arbeit ein paar Kleinfortschritte erzielt, steht am Ende schlechter da als eines, das seine Milliarden zum Fenster hinauswirft und immer noch genügend Kleingeld übrig hat, um die schlimmsten Auswirkungen eines brutalen Krieges zu reparieren.

Im September 2015, wenn die Millenniumsziele auslaufen, will die UN-Generalversammlung sie durch eine Reihe von „nachhaltigen Entwicklungszielen“ (SDGs – Sustainable Development Goals) ablösen. An die Stelle der acht MDGs, jeweils in mehrere zumeist konkret messbare Unterziele gegliedert, treten damit 17 SDGs, die sehr viel ambitionierter sind, aber auch schwammiger: vom Ziel 1 „Armut in all ihren Formen überall beenden“ über Ziel 10 „Ungleichheit zwischen und innerhalb von Ländern verringern“ bis zum Ziel 16 „Friedliche und inklusive Gesellschaften für nachhaltige Entwicklung fördern, Zugang zur



Foto: Nite_Owl/flickr, CC BY 2.0

In Angola gehen weniger Kinder zur Schule als in ärmeren Ländern wie Malawi

Gerechtigkeit für alle gewährleisten und auf allen Ebenen effektive, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen aufbauen“. Zwar fehlen den SDGs zwei entscheidende Hebel: Sie sind weder mit Fristen verbunden noch anhand der Situation der Menschen messbar. Bei den MDGs war es in jedem Land möglich, konkrete und detaillierte Zielvorgaben in einzelnen Politikbereichen zu definieren. Das setzte die Regierungen unter Zugzwang und bescherte zivilgesellschaftlichen Aktionsgruppen eine einfache Plattform, um Kritik zu üben und Forderungen zu stellen.

In Ländern wie Angola allerdings, in denen zivilgesellschaftliche Gruppen geknebelt sind und gar keine MDG-Forderungen öffentlich formulieren können, könnten die SDGs einen Fortschritt darstellen. Denn von der Erfüllung des Ziels 16 ist der schwerreiche Ölstaat, einer der ungleichsten der Welt, wohl weiter entfernt als die meisten Länder Afrikas. Reformen hin zu einer transparenteren und gerechteren Politik wären für Angola ein qualitativer Sprung nach vorn, wie es ihn seit Ende des Bürgerkrieges im Jahre 2002 nicht mehr gegeben hat.

Dominic Johnson

Der Autor lebt in Berlin und bereist regelmäßig Afrika.



Erst mustergültig, jetzt Mittelmaß

Engagiert war Brasilien dabei, die Millenniumsziele umzusetzen. Nun sind die Ansprüche weniger groß. Gewerkschaf-terInnen fürchten den Jobverlust in der Landwirtschaft.

Brasilien hat die UN-Millenniumsziele, die MDGs, wie ein Musterschüler erfüllt. „Brasilien war der Welt ein Beispiel bei der Erreichung der Ziele und in Sachen Mobilisierung der Gesellschaft für diese Aufgabe“, lobt Jorge Chediek, Brasilien-Bbeauftragter des UN-Programms für Entwicklung PNUD. Deswegen hofft der UN-Mann, dass die südamerikanische Regionalmacht auch bei den neuen SDGs, den Sustainable Development Goals, die die MDGs dieses Jahr ablösen sollen, „ein Modell für die Umsetzung von nachhaltiger Entwicklung“ sein wird.

Halbherzigkeit vor: „Brasilien ist immer noch eines der ungerechtesten Länder der Welt“, sagt Fátima Melo von der NGO FASE in Rio de Janeiro. Brasilien habe vor allem deswegen Reichtum umverteilen können, weil es Rohstoffe und Produkte des Agrobusiness zu hohen Preisen exportierte. „Dieses Wachstum ging aber zu Lasten der Naturressourcen und hat die Konflikte um Landbesitz verschärft“, kritisiert Melo. Die Wirtschaftspolitik der PT-Regierungen sei wenig nachhaltig.

Die brasilianische Regierung setzt nun auf Kontinuität. Immer wieder machen Regierungssprecher deutlich, dass auch bei den SDGs die Armutsbekämpfung im Mittelpunkt der weltweiten Anstrengung stehen müsse. Dazu komme der Umweltschutz. Damit geht es in erster Linie

„Brasilien hat vor allem deswegen Reichtum umverteilen können, weil es Rohstoffe und Produkte des Agrobusiness zu hohen Preisen exportiert. Dieses Wachstum ging aber zu Lasten der Naturressourcen und hat die Konflikte um Landbesitz verschärft.“

Fátima Melo, FASE

und wollen jede Art Einmischung in „innere Angelegenheiten“ unterbinden. Auch die Kopplung von Hilfsmaßnahmen an militärische Interessen lehnen sie ab.

Nichtregierungsorganisationen und soziale Bewegungen zeigen sich zunehmend pessimistisch. Die abstrakten Ziele würden der komplexen Problemlage nicht gerecht, glaubt Iara Pietricovsky von der NGO Inesc in Brasilia. Und die Frage, wie notwendige Maßnahmen finanziert werden sollen, falle unter den Tisch. Sie spricht von einem konservativen Rollback – auf dem ersten UN-Erdgipfel in Rio de Janeiro im Jahr 1992 sei die Debatte weiter gewesen. Pietricovsky meint: „Mittlerweile dominieren private Unternehmen und ihre Interessen den Prozess.“ So werde die Dominanz des Marktes etwa deutlich bei der Idee der Green Economy. Die Gewerkschaften, vor allem der regierungsnaher Dachverband CUT, kritisieren, dass die industrielle Landwirtschaft gefördert werde, wenn die Logik des Marktes und damit auch Profitinteressen für die Erreichung der SDGs angewendet werden. Statt auf Green Economy setzt CUT-Umweltsekretär Jasseir Fernandes auf ökologische Landwirtschaft: Der Ersatz von Pestiziden durch gesündere Anbaumethoden würde Arbeitsplätze schaffen und weniger schädlich sein. Auch träten weniger Krankheiten auf, die Gesundheitskassen würden entlastet.



Foto: Edilson Rodrigues/Agência Senado/flickr, CC BY 2.0

Lukrativer Exportartikel: brasilianisches Rindfleisch

Je nach Lesart hat Brasilien die Mehrzahl der MDGs erfüllt. Insbesondere bei der Armutsbekämpfung verzeichnet das Land Erfolge: Es gab Programme zum Einkommenstransfer, der Mindestlohn wurde kontinuierlich angehoben. Auch bei Kindersterblichkeit, im Gesundheitswesen und bei der Bildung ist Brasiliens Bilanz positiv – auch wenn etwa die Qualität der Bildung umstritten ist. Die Mitte-Links-Regierung der Arbeiterpartei PT rühmt sich gerne ihrer Erfolge und der internationalen Anerkennung.

Sowohl Ex-Präsident Luiz Inácio Lula da Silva als auch seine Nachfolgerin Dilma Rousseff rückten die soziale Frage in den Mittelpunkt ihrer Politik. Allerdings wirft die Zivilgesellschaft der PT


um eine Entwicklungsagenda, die von Vielen als zu einseitig eingestuft wird: Frieden, Krieg und interne Gewalt seien offensichtlich zweitrangig.

„Brasiliens Diplomaten glauben nicht, dass Sicherheit zu Entwicklung führt. Vielmehr beharren sie darauf, dass die Verringerung von Armut und Ungleichheit Frieden schafft“, erklärt Robert Muggah vom brasilianischen Igarapé-Forschungsinstitut. Die Zahl tödlicher Gewalttaten nimmt in Brasilien wie in den Nachbarländern zu. Doch RegierungsvertreterInnen warnen vor einem „securitizing“ in der Entwicklungsfrage. Sie befürchten, dass verbindliche, international kontrollierte Standards bei der Sicherheitspolitik auf Kosten der Souveränität gehen könnten –

Die CUT hat schon Ende vergangenen Jahres ein Handbuch veröffentlicht, in dem die Debatte um die Nachhaltigkeitsziele in verständlicher Sprache erklärt wird. Jasseir Fernandes: „Alle sind für Nachhaltigkeit, aber es muss endlich mal richtig erklärt werden, damit die Gewerkschaftsbewegung die wirkliche Tragweite des Themas versteht.“

Andreas Behn

 Der Autor lebt in Rio de Janeiro und beobachtet auch die anderen südamerikanischen Länder.

 Mehr Infos: SDG-Broschüre von CUT, Instituto Observatório Social und FES in portugiesischer Sprache <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/brasilien/11064.pdf>



„Wir brauchen neue Mechanismen zum Schutz der ArbeiterInnen“

Kolumbien hat einen Aktionsplan Arbeit eingebracht, als das Land mit den USA ein Freihandelsabkommen unterzeichnete. Gewerkschafter José Luciano Sanín würde beim nächsten Mal einiges anders machen.

Nord|Süd news: Herr Sanín, im Mai 2012 haben Kolumbien und die USA das bilaterale Freihandelsabkommen nach langen Jahren der Verhandlungen unterzeichnet. Ein Jahr zuvor verständigten sich beide Seiten auf einen „Aktionsplan Arbeit“. Hat er gegriffen?

José Luciano Sanín: Der Aktionsplan ist zur Hälfte umgesetzt. Doch derzeit kommen wir nicht mehr weiter. Kurz gesagt: die Instrumente, die wir einsetzen, bringen bisher nicht das, was wir erwartet haben. Darauf habe ich im November 2014 bei meiner Reise in den USA auch hingewiesen. Damals wurde ein Gesetz zur schnelleren Implementierung von Freihandelsabkommen vom Kongress abgelehnt. Für mich ein positives Signal, denn wir brauchen Zeit: Zeit, um neue Mechanismen zum Schutz der Rechte der ArbeiterInnen zu entwickeln, aber auch, um sie dann in die neuen Verträge zu implementieren.

Ihnen schwebt eine neue Generation von Maßnahmen vor?

Genau, die vierte Generation, denn in den ersten Freihandelsverträgen war der Arbeitsrechtsaspekt nicht enthalten; in der zweiten Generation tauchte dann eine Arbeitsschutzklausel auf, die aber nur sehr schwierig zu aktivieren war. Die dritte Generation beinhaltet hingegen Maßnahmen, wie sie im Vertrag mit Kolumbien fixiert sind. Doch sind sie nicht wie erhofft zum Tragen

gekommen. Die erste Lektion ist: der eigentliche Vertrag darf nicht unterzeichnet und implementiert werden, bevor ein derartiger Aktionsplan nicht umgesetzt ist. Der Freihandelsvertrag zwischen Kolumbien und den USA wurde am 15. Mai 2012 unterzeichnet, der Aktionsplan Arbeit, der Plan Acción Laboral, am 6. April 2011. Im Nachhinein war das viel zu früh. Der Plan hätte zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Freihandelsvertrages weitgehend implementiert sein müssen.

Fehlte nach der Unterzeichnung das Druckpotenzial?

Mit der Unterzeichnung des Freihandelsvertrages haben die kolumbianischen Behörden den Aktionsplan links liegen gelassen. Der zweite Fehler ist das Fehlen konkreter Vorgaben: Bis wann muss was umgesetzt sein? Welches sind die Instrumente, um ein Outsourcing oder die Gründung von Unternehmensgewerkschaften zu unterbinden? Das kolumbianische Beispiel zeigt, dass mehr Detailvorgaben nötig sind.

Wie lautet die Bilanz aus juristischer Perspektive? Im Aktionsplan steht, dass die fast 3.000 Morde an GewerkschafterInnen in den letzten dreißig Jahren aufgeklärt werden sollen.

Die Einrichtung der ursprünglich mit drei Richtern besetzten Untersuchungsabteilung Gewerkschaftsmorde bei der Staatsanwaltschaft hat wenig gebracht. Zwei der drei Richter wurden mittlerweile abgezogen, die konkreten Erfolge sind dürftig. Ein gemeinsames Monitoring von Behörden, Unternehmen und Gewerkschaften wäre wichtig gewesen. Das ist für die vierte Generation von Freihandelsverträgen sicherlich eine Option.

Klingt als gäbe es keine Kontrolle, ob der Aktionsplan umgesetzt wird?

Ja, das ist ein zentraler Punkt, aber auch die mit den Präsidentschaftswahlen 2014 verbundenen Personalwechsel in den Ministerien haben uns zurückgeworfen. Ein anderes Problem ist, dass ohne Druck von außen in Kolumbien kaum etwas passiert. Abkommen zu unterschreiben, sie aber letztlich nicht zu erfüllen, ist eine kolumbianische Spezialität. Eine Unterschrift hat in Deutschland ein ganz anderes Gewicht als in Kolumbien. Folgerichtig brauchen wir die internationale Aufmerksamkeit, das Insistieren, den Druck.


Welchen Stand haben die Gewerkschaften?

Bis 2010 haben die Mitgliederzahlen kontinuierlich abgenommen. Mitte der 1980er Jahre waren rund 14 Prozent der kolumbianischen ArbeitnehmerInnen gewerkschaftlich organisiert; 2010 waren es nur noch vier Prozent. Auch die Zahl der Tarifverhandlungen nahm ab – bis 2011. Da stieg die Zahl der Mitglieder und auch der Tarifverhandlungen wieder an. Wir haben die Talsohle durchschritten, auch wenn der Zuwachs klein ist, ist er signifikant. Heute sind rund 950.000 ArbeitnehmerInnen in Kolumbien gewerkschaftlich organisiert; 2010 waren es 810.000. 140.000 neue Mitglieder – das ist ein richtiger Schub für uns.

Welche Bedeutung hat die internationale Unterstützung?

Die ArbeiterInnen hier in Kolumbien haben begriffen, dass sie den internationalen Druck nutzen müssen, um ihre Aktivitäten zu erweitern und Freiräume zu besetzen. Wir müssen uns wieder stärker in der gesellschaftlichen Diskussion bemerkbar machen.

Das Interview führte Knut Henkel.

 Knut Henkel lebt in Hamburg und reist regelmäßig nach Südamerika.

Der Aktionsplan Arbeit

Die kolumbianische Regierung hat sich verpflichtet, die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO zu respektieren, Verstöße gegen diese zu ahnden und Gewaltverbrechen gegen Gewerkschaftsmitglieder zu verfolgen. Eine spezielle Ermittlungseinheit bei der Staatsanwaltschaft wurde dafür eingerichtet. Zudem hat sich die Regierung verpflichtet, Arbeitsverhältnisse zu formalisieren. In diesem Kontext wurde das Arbeitsministerium reformiert.



Foto: © Knut Henkel

José Luciano Sanín

Bio: José Luciano Sanín

José Luciano Sanín (57) ist Direktor der Abteilung „Verteidigung der Rechte“ an der Gewerkschaftsschule (ENS) von Medellín im Departamento Antioquia in Kolumbien. Von 2007 bis 2013 war er deren Generaldirektor und hat mit den Kollegen in den USA dafür gesorgt, dass das 2012 unterzeichnete Freihandelsabkommen zwischen den USA und Kolumbien mehrere Zusatzklauseln für die Wahrung der ArbeiterInnenrechte beinhaltet.



Qualifizierungsreihe Internationales

Transnationale Konzerne tun, was sie können, um sich über nationale Grenzen, Gesetzgebungen und Standards hinwegzusetzen und die renditeträchtigste Unternehmensform, den steuergünstigsten Standort mit den billigsten Arbeitskräften und die geringstmögliche staatliche Regulierung (möglichst bei gleichzeitiger Rechtssicherheit) zu nutzen. Nur gut, dass die Gewerkschaften dem nicht hilflos gegenüber stehen. Auch sie haben in den letzten Jahren internationale Strategien entwickelt – unter anderem die Kampagne der Dienstleistungs- und Transportgewerkschaften bei der DHL oder auch innerbetriebliche Aktivitäten wie die Festlegung von internationalen Ausbildungsstandards wie bei Volkswagen.

Um solche Handlungsmöglichkeiten auch effektiv einsetzen zu können, müssen GewerkschafterInnen die komplexen betrieblichen, europäischen und internationalen Strukturen und Abläufe kennen und Instrumente und Methoden anwenden können. Diese und ähnliche Kompetenzen will das DGB Bildungswerk BUND auch den Nachwuchskräften vermitteln. Im Herbst startet es dazu eine Reihe mit drei Modulen, die aufeinander aufbauen, aber auch unabhängig voneinander besucht werden können. Alle Veranstaltungen finden im DGB Jugendbildungszentrum Hattingen statt. Anmeldungen sind unter www.dgb-jugendbildung.de möglich, wo auch die Bedingungen abrufbar sind.

Modul 1: „Stark im Betrieb“

4. bis 6. September 2015

Modul 2: „Aktiv in Europa“

18. bis 20. September 2015

Modul 3: „Solidarisch in der Welt“

16. bis 18. Oktober 2015

Wie weiter mit der Arbeit?

Die Internationale Arbeitsorganisation ILO will sich in den nächsten Jahren schwerpunktmäßig mit den Transformationen in der Welt der Arbeit befassen. Die Initiative zur Zukunft der Arbeit soll sich vor allem um die Bereiche Arbeit und Gesellschaft, menschenwürdige Arbeit, die Organisation der Arbeit und der Produktion und die Regelung der Arbeitswelt kümmern. Ein Ergebnis

soll zum 100. Jubiläum der ILO 2019 vorliegen. Der Prozess soll sich mit der Post-2015-Entwicklungsagenda und den Folgemaßnahmen der UN-Klimakonferenz in Paris verbinden.

Filmtipp: Ab nach Nürnberg

Das Menschenrechtsfilmfestival in Nürnberg – es ist das älteste und wichtigste in Deutschland – nimmt in diesem Jahr die ungeheuerlichen Zustände in der Textilindustrie ins Visier.



Grafik © Internationale Filmtage der Menschenrechte e.V.

Die Stadt Nürnberg hatte sich bereits bei der Vergabe des diesjährigen Menschenrechtspreises dem Thema zugewandt: Er ging an Amirul Haque Amin, den Präsidenten der National Garment Workers Federation in Bangladesch, der sich seit mehr als 30 Jahren für die Rechte der ArbeitnehmerInnen in Webereien und Nähereien einsetzt. 730 Filme wurden für das Festival eingereicht, 60 Prozent davon aus Europa und 20 Prozent aus Asien. Gezeigt werden letztlich rund 50 Spiel- und Dokumentarfilme, die im Wettbewerb kämpfen um den mit 2.500 Euro dotierten Internationalen Nürnberger Filmpreis der Menschenrechte. Es gibt aber auch einen Publikums- und einen Open-Eyes-Jugendpreis. Ein Großteil der Einnahmen soll Medico International und deren Kampagne in Bangladesch und Pakistan zugute kommen.



Info: 9. Internationales Nürnberger Filmfestival der Menschenrechte, 30. Sept bis 7. Okt 2015; www.nihrff.de

Die schlimmsten Länder

Die Golfstaaten, aber auch Weißrussland, China und Kolumbien gehören zu den schlimmsten Ländern der Welt, wenn es um die Achtung der ArbeitnehmerInnenrechte geht. Interessanterweise hat sich die Situation am meisten jedoch

in den europäischen Ländern verschlechtert, die einem strikten Sparkurs unterworfen wurden. Das zeigt der Globale Rechtsindex 2015, den der Internationale Gewerkschaftsbund jetzt vorgelegt hat. Dieser bewertet 141 Länder anhand von 97 international anerkannten Indikatoren wie Streikrecht, Schutz vor willkürlichen Verhaftungen, Vereinigungsfreiheit und Zugang zu rechtsstaatlichen Verfahren.



Info: www.ituc-csi.org/globaler-rechtsindex-des-igb-die

Organise the Undocumented

In Südkorea haben papierlose migrantische ArbeitnehmerInnen das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Das hat der oberste Gerichtshof des Landes in einem beispielhaften Urteil entschieden. Vor acht Jahren hatte sich die Regierung geweigert, die Migrant Workers' Trade Union anzuerkennen. Ganz im Gegenteil verhaftete sie deren Führungsspitzen und schob sie ab. Das Komitee der Internationalen Arbeitsorganisation für Vereinigungsfreiheit hatte sie dafür mehrfach kritisiert, zuletzt im März 2015. Die Generalsekretärin des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Sharan Burrow, bewertete die Entscheidung der Richter als großartigen Sieg gegen die gewerkschaftsfeindliche Regierung. Dieser sei „sehr wichtig für die mit am meisten ausgebeuteten und gefährdeten Arbeitskräfte der Welt, die sich nun organisieren könnten, um ihre Rechte durchzusetzen und ihre Lebensbedingungen zu verbessern“.

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer
Verantwortlich: Jens Martens
Redaktion: Hanna Gersmann, Beate Willms
Satz: Achim Konopatzi

DGB Bildungswerk BUND
Nord|Süd-Netz
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf
Tel.: 0211/4301-333, Fax: 0211/4301-500
nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de
www.dgb-bildungswerk.de
www.nord-sued-netz.de

Spendenkonto: Nord LB, Hannover
IBAN: DE30 2505 0000 0152 0125 22
SWIFT: NOLADE2HXXX

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.
Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH und dem BMZ wieder.

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des

BMZ



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung